



Presseschau vom 18.06.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

vormittags:

lug-info.com: In den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen dreimal das „Regime der Ruhe“ im Verantwortungsbereich der LVR verletzt. Dies teilte die Vertretung der LVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feuereinstellung (GZKK) mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowo** und **Nishneje Losowoje**

Geschossen wurde mit 120mm-Mörsern und Granatwerfern.

de.sputniknews.com: **Venezuela: Regierung wirft Oppositionsführer Guaidó korrupte Verschwörung vor**

Der venezolanische Oppositionsführer Juan Guaidó ist laut Jorge Rodriguez, dem Kommunikationsminister des Landes, in eine Korruptionsverschwörung verwickelt, die darauf abzielt, Gelder von staatlichen Unternehmen im Ausland sowie für humanitäre Hilfe bestimmte Mittel zu stehlen.

„Was ist die Vorgehensweise unter der Leitung von Herrn Guaidó? Sie sieht so aus: Die Mittel einer venezolanischen Einrichtung oder Firma im Ausland zu stehlen, natürlich mit Hilfe der Regierung von Kolumbien, der Regierung der Vereinigten Staaten und Argentiniens“, so Rodriguez.

Guaidó habe ein korruptes Netzwerk geschaffen, um Geldmittel als humanitäre Hilfe anzufordern, die dann auf persönlichen Konten landen würden.

„Sie gründen Nichtregierungsorganisationen, um Medikamente zu kaufen, unsere Kinder zu operieren, Knochenmarktransplantationen durchzuführen ... und sie transferieren dann die Gelder auf persönliche Konten“, meint der venezolanische Minister.

Als Beweis führte Rodriguez Screenshots an, angeblich vom Bildschirm des Mobiltelefons von Roberto Marrero, der als „rechte Hand“ Guaidós gelte. Die Bilder sollen zeigen, dass beide Oppositionelle über die Vorgehensweise beim Erhalt von Geldern von Venezuelas Konten beraten.

Gelder, die die Opposition mithilfe korrupter Machenschaften erhalte, könnten für terroristische Aktionen verwendet werden, sagte Rodriguez.

Am 23. Januar hatte sich Juan Guaidó während Protesten zum Übergangspräsidenten Venezuelas erklärt. Die USA sowie mehrere Länder Lateinamerikas und weltweit auch andere, darunter das EU-Parlament, hatten Guaidó umgehend als Interimsstaatschef anerkannt.

Russland, China, die Türkei und weitere Staaten bekundeten dagegen Solidarität mit Venezuelas Präsident Nicolás Maduro, der seinen Rücktritt ablehnte und von einem von den Vereinigten Staaten inszenierten Putschversuch sprach.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32516/52/325165228.jpg>

Dnr-online.ru: Am 17. Juni 2019 gegen 18:45 Uhr gab es im Jasinowataja-Bezirk in **Wesjoloje** in der Komsomolskaja-Straße zwischen den Hausnummern 2 und 3 bei einem Beschuss von Seiten der BFU einen Treffer eines explosiven Objekts. Infolge des Treffers wurde eine Gasleitung auf offenem Territorium in einer Höhe von 2,5m über dem Boden, Durchmesser 50mm auf einer Fläche von etwa 10 Quadratmillimetern beschädigt, teilte die Stadtverwaltung von Jasinowataja mit.

de.sputniknews.com: „**Nuklearer Konflikt**“ mit Iran befürchtet: **Boltons Drohungen werden wahr?**

Paul Linke

Noch bevor er Sicherheitsberater des US-Präsidenten wurde, versprach John Bolton, die islamische Regierung im Iran zu stürzen. Einige Militärexperten glauben, dass der Zeitpunkt nun gekommen sein könnte. Sie warnen vor einem nuklearen Konflikt. War der Angriff auf die Tanker im Golf von Oman eine „Fals-Flag-Operation“ gegen den Iran?

Mehrmals hat sich John Bolton, der Sicherheitsberater von US-Präsident Donald Trump, als harter Gegner der iranischen Regierung zu erkennen gegeben: „Ich habe seit mehr als zehn Jahren gesagt, dass das erklärte Ziel der USA sein sollte, das Mullah-Regime im Iran zu stürzen. Das Verhalten des Regimes wird sich nicht ändern – also müssen wir das Regime ändern. Und deshalb, noch vor 2019, werden wir hier in Teheran feiern“, unterstrich Bolton im Jahr 2017 vor einer Gruppe iranischer Oppositioneller in Paris. Damals besetzte er noch kein Amt im Regierungskabinett, galt jedoch als Favorit für das Amt des US-Außenministers. Auch 2015 schrieb er einen Kommentar in der „New-York Times“ mit dem Titel „Um Irans

Bomben zu stoppen, Iran bomben“.

„Machtkampf um die Vorherrschaft“

„Bolton ist ein fanatischer Iranhasser, der den Regime-Change im Iran angekündigt hat, koste es was es wolle, mit allen Mitteln, die ihm zur Verfügung stehen“, sagt Oberstleutnant a.D. der Bundeswehr Jürgen Rose im Sputnik-Interview. Der „Unsicherheitsberater“ arbeite Hand in Hand mit dem israelischen Ministerpräsidenten Netanjahu, der dasselbe beabsichtige, erklärt der Abrüstungsexperte vom „Darmstädter Signal“, einem kritischen Forum von aktiven und ehemaligen Bundeswehrsoldaten.

Auch Saudi-Arabien, mit dem Trump „riesige Waffendeals“ abgeschlossen habe, sei „extrem feindselig“ gegenüber dem Iran gestimmt, sagt Rose weiter. „Es findet ein großer Machtkampf um die Vorherrschaft in der Region statt.“ Denn der Iran sei in Bezug auf Syrien und den Irak extrem erfolgreich, und diese „starke Position“ sei den „amerikanischen Angriffskriegen“ im Irak und Syrien geschuldet, meint Rose. Das sei sowohl den Golfmonarchien in Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) als auch Israel ein Dorn im Auge.

Einen wirtschaftlichen Grund für die aggressive Haltung gegenüber dem Iran sieht der ehemalige Bundeswehr-Offizier der Luftwaffe und Nato-Experte Jochen Scholz: „Der Iran ist ein Teil des Seidenstraßenprojekts von China.“ Scholz war in verschiedenen Nato-Gremien und im Bundesministerium der Verteidigung tätig. Er warnt im Sputnik-Interview, der Iran müsse nun sehr vorsichtig agieren, „um keinen Vorwand zu liefern, angegriffen zu werden“.

„Nukleare Dimension“

Scholz und Rose bezeichnen die momentane Sicherheitslage in der Straße von Hormus nach dem Angriff auf die beiden Tanker am Golf von Oman als „brandgefährlich“. „Der Iran wird sicherlich – wenn er angegriffen wird – zurückschießen, mit Mitteln, die ihm zur Verfügung stehen: ein ausgebautes und umfangreiches Raketenarsenal.“ Die Öl-Anlagen der Saudis seien „gute Flächenziele, die man unter Feuer nehmen kann“, erklärt Jürgen Rose.

Er warnt zudem vor einer „nukleare Dimension“ in einem offenen Konflikt mit dem Iran. Er erinnert an die Meldungen aus den 1990er Jahren, „dass sechs nukleare Sprengköpfe aus Kasachstan an den Iran gegeben worden sind. Man muss also davon ausgehen, dass der Iran in der Lage ist, sogenannte schmutzige Bomben zu bauen, radioaktives Material mit Sprengstoff zu versetzen, damit zu schießen und dann zumindest großflächige radioaktive Verstrahlungen zu erzeugen“, betont der Nato-Kritiker.

Unhaltbare Anschuldigungen?

Die Anschuldigungen seitens der US-Regierung, dass der Iran die Tanker angegriffen hätte, halten beide Militärexperten für unglaubwürdig. „Es ist absurd zu glauben, die Iraner würden in dem Moment, wo der japanische Ministerpräsident im Einverständnis mit ihnen und den Amerikanern versucht zu deeskalieren, so eine Aktion starten“, moniert der ehemalige Nato-Offizier Scholz. Bei der Frage der Verantwortung für diesen Angriff konzentrierte sich seine Vermutung zum einen auf das US-Militär, „möglicherweise ohne Wissen der Politik“. Denn die US-Regierung wisse, dass eine Eskalation mit dem Iran zu unabsehbaren Folgen für die Weltwirtschaft führen könnte. Bei einer Blockade der Straße von Hormus würden nicht nur die Ölpreise durch die Decke gehen, warnt der Verteidigungsexperte. „Das würde alles sprengen, was wir bisher bei der Ölpreisentwicklung gesehen haben“, so Scholz. Er vermutet auch Tel-Aviv oder die Golfstaaten hinter dem Angriff: „Denn diese hätten Motive und kein Interesse daran, dass der Iran weiterhin an Einfluss gewinnt.“

„False-Flag-Operations“

Scholz erinnert an „Provokationen von israelischer Seite“, an den Vorfall der „USS-Liberty“. Am 8. Juni 1967 hatte das israelische Militär das Aufklärungsschiff der United States Navy angegriffen. „Sie haben ein amerikanisches Schiff bombardiert und wollten es den Ägyptern in die Schuhe schieben. Die Amerikaner haben das stillschweigend akzeptiert“, behauptet der ehemalige Bundeswehr-Offizier. Die offiziellen Erklärungen der israelischen und US-

amerikanischen Seite sprechen von einem Irrtum.

„Wir kennen es seit Jahrzehnten, wie solche sogenannten False-Flag-Operations durchgeführt werden“, erläutert der ehemalige Bundeswehroffizier Rose. Dabei erinnert er unter anderem an den „Überfall auf den Sender Gleiwitz“ am 1. September 1939, der für Adolf Hitler den Vorwand lieferte, Polen zu überfallen. Oder den „Tonkin-Zwischenfall“, „fast das gleiche“, was gerade am Golf stattgefunden habe: Im August 1964 wurde dort angeblich der US-Zerstörer „Maddox“ von nordvietnamesischen Schnellbooten angegriffen und beschossen, wie die United States Navy berichtete. Daraufhin gab der US-Kongress dem damaligen US-Präsidenten Lyndon B. Johnson grünes Licht für den Krieg im Vietnam. „Hinterher stellte sich heraus, es war alles eine Erfindung, eine Fehlperzeption der Besatzung dieses Zerstörers. Es hatte überhaupt kein Angriff stattgefunden“, sagt der Nato-Kritiker und beruft sich dabei auf veröffentlichte Pentagon-Papiere.

Umweltschäden absichtlich vermieden?

Weiterhin verweist Rose darauf, dass bei dem Vorfall vor der Küste Omans keine Öltanker angegriffen worden sind. Die beiden Schiffe hatten Methanol und Rohbenzin geladen. Beides sind sehr flüchtige Stoffe. Damit habe man große Umweltschäden bewusst vermeiden wollen, vermutet der Experte. Die Schiffe hatten den Berichten zufolge von Saudi-Arabien und von den VAE abgelegt. Somit sei es einfacher für jemanden aus diesen Staaten gewesen, an diese Informationen heranzukommen, findet Rose: „Auch für den iranischen Geheimdienst wäre es bestimmt möglich, an solche Informationen zu kommen. Doch um einiges aufwändiger.“ Am 13. Juni hatten sich zwei große Explosionen im Golf von Oman ereignet. Offenbar wurden zwei Supertanker angegriffen – die „Front Altair“ unter der Flagge der Marshallinseln und die „Kokuka Courageous“, die unter der Flagge von Panama fährt. US-Außenminister Mike Pompeo und US-Präsident Donald Trump hatten daraufhin den Iran für die Tanker-Angriffe verantwortlich gemacht. Iran dementiert die Vorwürfe. Zurückhaltend positionieren sich viele europäische Außenminister. Bislang sind es nur Großbritannien und Saudi-Arabien, die sich offen auf die Seite der USA stellen.

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 17. Juni 3:00 Uhr bis 18. Juni 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 15. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Isotow-Bergwerks), Spartak, Mineralnoje, Jasinowataja, Donezk (Flughafen, Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Sachanka, Ukrainskoje, Besymennoje.**

Infolge des abendlichen Beschusses wurden in Kominternowo folgende Schäden festgestellt:

- Tschernjachowskij-Straße 2 (Wirtschaftsgebäude beschädigt);
- Watutin-Straße 17 (Fensterverglasung beschädigt);
- Achmatowa-Straße 15 (Dach beschädigt).

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 47.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 329.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistikim täglichen Bericht eingeht.

Ab 01:01 Uhr am 8. März 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueereinstellung, der „Frühlings“-waffenstillstand in Kraft.

de.sputniknews.com: **Missglückte NATO-Manöver in Ostsee: Polnisches Schiff rammt Küste und bekommt Leck**

Das Landungsschiff ORP Gniezno der polnischen Marine hat während der NATO-Übungen Baltops-2019 in der Ostsee an einem Unterwasserhindernis seinen Rumpf beschädigt und einen Leck bekommen. Dies berichtet der Radiosender RMF FM.

Der Vorfall soll sich bereits am 16. Juni vor der Küste Litauens zugetragen haben, wurde aber jetzt erst öffentlich bekannt.

Den Meldungen zufolge soll das Schiff während des Landeeinsatzes ein Hindernis gerammt und seine Hülle im mittleren Teil des Rumpfes beschädigt haben, was zum Wassereintrich führte.

Wie ein Vertreter der 8. Flottille der polnischen Küstenverteidigung gegenüber RMF FM mitteilte, sei die Situation aber bereits unter Kontrolle – das Schiff ist weiterhin im Betrieb. Der Pressesprecher der Flottille Grzegorz Lewandowski sagte in diesem Zusammenhang, dass die Schiffskonstruktion für solche Situationen geeignet sei und solchen Schäden standhalten könne.

Das Manöver BALTOPS-2019 findet vom 9. bis zum 21. Juni in der Ostsee statt. 18 Nato-Mitgliedstaaten sind an dem Manöver beteiligt. Eingesetzt werden dabei mehr als 40 Militärschiffe, knapp 9000 Militärs und 40 Fluggeräte. Die russischen Schiffe „Bojki“ und „Stojki“ sollen das Manöver beobachten.

<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/BB9GijkgusM" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/BB9GijkgusM>

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde, geriet heute um 3:30 Uhr **Kransnoarmejskoje** unter Artilleriefeuer der BFU. Aus Richtung Gnutowo hat der Gegner 15 Artilleriegranaten des Kalibers 122mm abgeschossen.

Infolge des Beschusses wurden Dach und Fensterverglasung des Wohnhauses in der Parchomenko-Straße 16 beschädigt. Außerdem wurde durch Splitter ein Tank auf dem Gebiet einer Tankstelle beschädigt.

Nach vorläufigen Informationen gibt es keine Opfer unter der Zivilbevölkerung. Genauere Informationen werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: **Polen: Großbrand am Ort nahe Nato-Manöver ausgebrochen**

In der polnischen Region Drawsko Pomorskie, wo die Nato derzeit Feldübungen durchführt, ist ein Großbrand auf 100 Hektar Wald ausgebrochen. Dies teilt der polnische Radiosender RMF unter Berufung auf eigenen Quellen mit.

Laut Medienberichten beteiligen sich 30 Feuerwehr-Einheiten an den Löscharbeiten. Zudem würden Freiwillige und das Militär vor Ort helfen, teilte RMF mit.

Feuerwehrmänner sollen sechs Brandherde entdeckt haben. Dabei sei niemand verletzt worden. Es gebe keine näheren Angaben über die Brandursachen. Feuerwehrleute betonen, dass die umliegenden Siedlungen nicht bedroht seien. Zur Brandbekämpfung könnten zusätzlich Hubschrauber und Flugzeuge eingesetzt werden.

In Polen finden vom 16. bis 20. Juni verschiedene Nato-Übungen im Rahmen eines Manövers mit 18.000 Soldaten und 2500 verschiedenen Kriegsgeräten aus zwölf Nato-Ländern statt. Am Dienstag werde der polnische Verteidigungsminister Mariusz Blaszczak am Übungsort erwartet.

Telegram-Kanal des Außenministeriums der DVR: **Kommentar der Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa im Zusammenhang mit der Erklärung Wladimir Selenskis, dass er nicht bereit sei, Verhandlungen mit Vertretern der Republiken zu führen**

Die Erklärung Wladimir Selenskis über seine nicht vorhandene Bereitschaft, direkte Verhandlungen mit den Republiken zu führen, dass er aber die Arbeit in Minsk fortführen will, demonstriert mit aller Klarheit, dass der Präsident der Ukraine das Wesen der Minsker Vereinbarungen nicht begreift. Der Maßnahmekomplex, der von einer UN-Sicherheitsratsresolution unterstützt wurde, sieht gerade direkte Verhandlungen zwischen den Konfliktseiten – den Republiken und der Ukraine – vor. Gerade vor dieser Schlüsselbedingung bemüht sich die Kiewer Führung mit allen Kräften sich zu drücken, was zu nicht zufriedenstellenden Ergebnissen der Verhandlungen in Minsk führt.

Bezüglich der Worte des Präsidenten der Ukraine über eine angebliche Zustimmung zur Einhaltung des Regimes der Feuereinstellung, so sehen diese besonders heuchlerisch vor dem Hintergrund der der ganzen zunehmenden Intensität des Beschusses von Seiten der ukrainischen Truppen aus. In den letzten Tagen wurden Territorien der Republik mit Mörsern, Antipanzergranatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und anderen Waffen beschossen, dadurch wurden Wohnhäuser friedlicher Bürger und Infrastrukturobjekte beschädigt. Die ist eine beredte Bestätigung dessen, dass die neue ukrainische Regierung nur in Form lautstarker Erklärungen im Medienraum „zum Frieden strebt“, aber tatsächlich das militärische Szenario fortführt, das Poroschenko begonnen hat.

Wir rufen die neue Führung der Ukraine auf zu erkennen, dass die Wiederherstellung von Frieden im Donbass die wichtigste Aufgabe ist, die jetzt vor der ukrainischen Regierung steht. Dazu muss Kiew von der Politik der Provokationen an der Kontaktlinie Abstand nehmen, sich sorgfältig mit dem Text des Maßnahmekomplexes bekannt machen und endlich mit der Realisierung seiner Verpflichtungen aufgrund der Minsker Vereinbarungen beginnen, die auf jeden Fall erfüllt werden müssen.

de.sputniknews.com: **Chinas Außenminister: Peking wird Atomabkommen mit dem Iran verteidigen**

China wird laut seinem Außenminister Wang Yi die Verpflichtungen aus dem Atomabkommen mit dem Iran erfüllen.

„Chinas Entschlossenheit, den 'Gemeinsamen umfassenden Aktionsplan' (JCPOA) zu schützen, bleibt unerschütterlich. Konkret wird China eng mit allen Seiten zusammenarbeiten, um Fortschritte bei der Modernisierung des Kernreaktors in Arak (iranische Stadt, Anm. d. Red.) zu erzielen“, sagte Wang Yi bei einer Pressekonferenz nach dem Treffen mit dem syrischen Außenminister Walid al-Muallim am Dienstag.

Zuvor hatte die iranische Atomenergieorganisation bekannt gegeben, dass es möglich sei, die in dem Abkommen verankerte Grenzen für die Urananreicherung und Speicherung schweren Wassers zu überschreiten.

Teheran hatte zum Jahrestag des US-Ausstiegs aus dem gemeinsamen Atomabkommen am vergangenen Mittwoch ein Ultimatum gestellt: Sollten die verbliebenen Mitglieder des Atomabkommens ihre Verpflichtungen nicht erfüllen, sieht sich die iranische Regierung berechtigt, das Abkommen zu verlassen. Das Wiener Atomabkommen wurde im Juli 2015 geschlossen. Die Vereinbarung soll es dem Iran mit strengen internationalen Kontrollen unmöglich machen, Atomwaffen zu entwickeln. Im Gegenzug stellte der Westen einen Abbau der Sanktionen und eine Normalisierung der Wirtschaftsbeziehungen in Aussicht.

Nach Angaben der IAEA hat sich der Iran seit Januar 2016 an den Deal gehalten, und es wurden keine Verstöße gegen die Auflagen festgestellt.

Die Vereinigten Staaten traten Anfang Mai 2018 einseitig aus dem internationalen Abkommen aus und belegten Teheran erneut mit Sanktionen. Der Deal ist allerdings weiterhin

völkerrechtlich bindend.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/30029/63/300296301.jpg>

Lug-info.com: **Erklärung des Oberhauptes der LVR zur Weigerung Selenskis, einen direkten Dialog mit dem Donbass zu führen**

Der neue Präsident der Ukraine bestätigt mit seiner letzten Erklärung, dass seine Politik sich nicht von der fünfjährigen Regierungszeit Poroschenkos unterscheiden wird.

Seine Verweigerung eines direkten Dialogs mit der DVR und der LVR demonstriert, dass die ukrainische Regierung nicht die Absicht hat, etwas zu verändern. Das Thema Frieden wurde von Selenski nur als Losung im Wahlkampf genutzt.

Ich hoffe, dass er irgendwann erkennt, dass in seinen Händen eine einmalige Möglichkeit lag, alles zu verändern, und dass bedauern wird, dass er nichts verändert hat.

Das Oberhaupt der LVR, Leonid Pasetschnik

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Militärische Eskalation zwischen Syrien und Türkei befürchtet: Syrischer Außenminister kommentiert**

Die Lage in Syrien bleibt weiterhin angespannt. In der Provinz Idlib gibt es nahezu täglich heftige Kämpfe zwischen der Regierungsarmee und Terrorgruppierungen. Auch Spekulationen über eine mögliche syrisch-türkische Eskalation machen die Runde. Nun hat der syrische Außenminister Walid al-Mualem diese kommentiert.

Nach Angaben von al-Mualem hat Syrien keinerlei Interesse an einer bewaffneten Auseinandersetzung mit der Türkei.

„Wir hoffen, dass unser Militär und das türkische Militär nicht kämpfen. Das ist unsere grundsätzliche Haltung“, sagte Al-Mualem während eines Aufenthalts in Peking.

Er betonte zugleich, dass sein Land weiterhin Terroristen bekämpfen werde, auch in der Provinz Idlib. Genau hier aber könnten syrische und türkische Interessen aufeinander treffen, da die Türkei militärisch in Idlib präsent ist.

„Die Frage ist jetzt: Was will die Türkei in Syrien tun? Die Türkei besetzt einen Teil syrischen Bodens und ist militärisch präsent in bestimmten Teilen Syriens“, so der Außenminister.

Er frage sich weiterhin, ob Ankara die Nusra-Front oder andere „terroristische Kräfte“ beschütze.

Al-Mualem reagierte damit auf Meldungen aus Ankara, wonach ein türkischer Posten kürzlich in Idlib von einem Gebiet aus beschossen wurde, das von der syrischen Regierung kontrolliert wird.

Idlib ist die letzte verbliebene Bastion, die von Terrorgruppierungen seit dem Ausbruch des Krieges in Syrien vor mehr als acht Jahren noch gehalten wird.

Das Gebiet grenzt an die Türkei, die gemeinsam mit dem Syrien-Verbündeten Russland einen Deeskalations-Vertrag für das Gebiet vereinbart hatte.

Seit April haben syrische Regierungstruppen allerdings eine Offensive gegen die Gruppierungen gestartet. Russland und die syrische Regierung begründen dieses Vorgehen damit, dass die militanten Kämpfer in der Provinz die Bedingungen der Deeskalationszone-Vereinbarung dauernd brechen. Regelmäßig sollen sie beispielsweise syrische Wohngebiete unter Beschuss nehmen.

Die dominierende Gruppe in Idlib bildet inzwischen Tahrir al-Scham. Diese ging aus der ehemaligen Nusra Front hervor, die bis 2016 zur radikalislamischen Al-Kaida gehörte.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32400/58/324005810.jpg>

Dan-news.info: Ein **Zollposten der DVR in Krasnyj Partisan** bei Jasinowataja wurde heute Morgen zielgerichtet von Seiten der ukrainischen Truppen **beschossen**, teilt die Vertretung der DVR im GZKK mit.

Der Beschuss erfolgte gegen 4:00 Uhr aus Richtung Werchnetorezkoje mit einem Antipanzergeschütz MT-12 „Rapira“ des Kalibers 100mm. Durch einen direkten Treffer wurde der Bauwagen des Postens beschädigt.

de.sputniknews.com: **Russland: Parlament verabschiedet Gesetz zur Aussetzung des INF-Vertrags**

Die russische Staatsduma hat auf einer Plenarsitzung am Dienstag ein Gesetz über die Aussetzung des INF-Vertrags (Intermediate Range Nuclear Forces, zu Deutsch: nukleare Mittelstreckensysteme), also des bilateralen Vertrags zwischen der Sowjetunion und den USA, verabschiedet.

Der Gesetzentwurf zur Aussetzung des INF-Vertrags wurde vom zuständigen Auswärtigen Ausschuss der Staatsduma sowie von zwei weiteren Ausschüssen - je für Sicherheit und Verteidigung – unterstützt.

Zuvor hatte der russische Präsident Wladimir Putin der Staatsduma einen Gesetzentwurf zur Aussetzung des INF-Vertrags vorgelegt. Laut diesem Entwurf wird dem Präsidenten Russlands das Recht eingeräumt, über die Vertragserneuerung zu entscheiden.

Washington hatte die Einhaltung der Verpflichtungen zum INF-Vertrag ab dem 2. Februar ausgesetzt und als Grund angegeben, dass Russland systematisch die Vertragsbedingungen verletzte.

Daraufhin hatte auch Russland den bilateralen Vertrag über die Vernichtung nuklearer Mittelstreckensysteme ausgesetzt. Nach russischen Angaben halten sich die USA seit fast 20 Jahren de facto nicht mehr an den Abrüstungsvertrag. „Unsere Antwort ist ein Spiegel: Unsere amerikanischen Partner haben ihre Teilnahme am INF-Vertrag ausgesetzt. Also setzen wir (unsere Teilnahme) aus“, sagte damals der russische Präsident Wladimir Putin.

Das Staatsoberhaupt Russlands stellte fest, dass sich Russland in das für Moskau teure Wettrüsten nicht verwickeln sollte und dies auch nicht tun wird. Dabei fügte Putin hinzu, dass alle Vorschläge der Russischen Föderation zur Abrüstung „auf dem Tisch bleiben und die Türen offen sind“. Gleichzeitig forderte er jedoch, keine Verhandlungen zu diesem Thema zu initiieren.

Der Washingtoner Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme oder auch INF-Vertrag wurde am 8. Dezember 1987 unterzeichnet.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32192/10/321921061.jpg>

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 18.06.2019

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **15-mal das Regime der Feuereinstellung verletzt**. Von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden die Gebiete von 13 Ortschaften der Republik beschossen.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 53. Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Poljakow Die **Siedlung des Bergwerks 6/7** mit Schusswaffen beschossen. In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 93., 57. und 24. Brigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Bryshinskij, Minschantschuk und Guds **Jasinowataja, Trudowskije, Staromichajlowka, Mineralnoje, Spartak** und das **Gelände des Donezker Flughafens** mit Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 36. Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Gnatow **Krasnoarmejskoje** mit Artillerie sowie **Sachanka, Besymennoje, Ukrainskoje, Kominternowo** und **Derschinskoje** mit 122mm-Artillerie, 120mm- und 82mm-Mörsern, Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Infolge von Beschuss wurde in Krasnoarmejskoje ein Wohnhaus in der Parchmenko-Straße 16 beschädigt, in Kominternowo wurden drei Wohnhäuser in der Tschernjachowskij-Straße 2, der Watutin-Straße 17 und der Achmatowa-Straße 15 beschädigt.

Insgesamt hat der Gegner 15 122mm-Artilleriegranaten und 6 82mm-Mörsergeschosse auf das Territorium unserer Republik abgefeuert.

Alle Fälle von Beschuss auf Ortschaften sind dokumentiert, die Materialien wurden Vertretern internationaler Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie der Generalstaatsanwaltschaft der DVR zur Aufnahme von Strafverfahren gegen die ukrainischen Kriegsverbrecher übergeben.

Gestern ist einer der ukrainischen Strafsoldaten dem zukünftigen Tribunal entkommen.

Der liquidierte Leiter der Aufklärung des 42. Bataillons der 57. Panzergrenadierbrigade Tichonow war am systematischen Beschuss von Stadtbezirken von Donezk beteiligt, sein Schicksal wird jeden ereilen, der weiterhin den Menschen im Donbass Leid zufügt.

Der militärische Rechtsordnungsdienst der Ukraine kämpft weiter gegen den Waffenschmuggel in der OOS-Zone. In Bezug auf jeden Kommandeur eines Verbandes, der aus der OOS-Zone eingetroffen ist, wurden Strafverfahren wegen Munitionsdiebstahl eingeleitet. Natürlich ist die Rede nicht von einem Sieg über die Korruption in der OOS-Zone, weil die Brigadekommandeure der ukrainischen Streitkräfte mit Deckung Syrskijs und seiner Schutzherrn in Kiew weiter täglich Tonnen von Waffen durch die Ukraine transportieren, aber einfache Soldaten kommen wegen ein paar Patronen ins Gefängnis. So wurden beim SBU allein im Mai mehr als 200 Fälle von Diebstahl von Munition und Waffen in den ukrainischen Streitkräften festgestellt, davon 58 Fälle in der kürzlich aus der OOS-Zone abgezogenen 79. Brigade. Diese Statistik konnte nicht folgenlos bleiben, deshalb wurde der Leiter des Raketenartilleriewaffendienstes der 79. Brigade zur Befragung einbestellt und der Brigadekommandeur Kuratsch ist im Generalstab zum Empfang bei Chomtschak eingetroffen. In den Materialien der operativen Mitarbeiter des SBU sind die Fälle von Diebstahl von Waffen und fehlender Munition herausgelöst und vom neu ernannten Leiter des SBU Bucharew unter besondere Kontrolle genommen worden.

de.sputniknews.com: **Kreml reagiert auf Selenskis Worte zu gewünschten Gesprächsthemen mit Putin**

Kreml-Sprecher Dmitri Peskow hat die Äußerung des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenski, er würde bei seinem ersten Treffen mit dem russischen Staatschef Wladimir Putin die Themen Donbass und Krim ansprechen, kommentiert.

„Wir haben diese Worte, die der Präsident der Ukraine in einem seiner Interviews ausgesprochen hat, wahrgenommen. Was den Donbass betrifft, so müsste man hier nicht mit Putin, sondern mit den Bewohnern des Donbass sprechen, denn sie sind der unmittelbare Gesprächspartner. Und in Sachen Krim gibt es nichts Besonderes mehr zu sagen“, sagte Peskow gegenüber Journalisten.

Nach dem ersten möglichen Satz Putins in einem Gespräch mit Selenski gefragt, sagte Peskow, der Präsident Russlands beginne ein Gespräch immer mit „richtigen Sätzen“.

„Falls ein solches Gespräch einmal stattfinden sollte, wird er es, so glaube ich, ebenfalls mit richtigen Sätzen beginnen“, fügte der Sprecher hinzu.

Zuvor hatte Selenski die Hauptthemen seines möglichen ersten Treffens mit Putin in einem Interview mit der „Bild“-Zeitung genannt und meinte dabei, er werde zuallererst den Donbass und die Krim ansprechen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32526/30/325263002.jpg>

mil-lnr.info: **Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I.M. Filiponenko**

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen bewaffneten Formationen **dreimal das Regime der Feueinstellung mit von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen verletzt**.

In **Richtung Popasnaja** wurde auf Befehl des Kommandeurs der 54. mechanisierten Brigade des Kriegsverbrechers Majstrenko **Kalinowo** mit Antipanzergranatwerfern beschossen.

In **Richtung Debalzewo** wurde auf Befehl des Kommandeurs der 30. mechanisierten Brigade des Verbrechers Garas **Nishneje Losowoje** mit 120mm-Mörsern und Granatwerfern beschossen.

Die Fälle von Beschuss der Ortschaften sind dokumentiert, die Materialien wurden an Vertreter der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden übergeben, sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der LVR zur Aufnahme von Strafverfahren gegen die Brigadekommandeure der ukrainischen Streitkräfte.

Mit Beginn der Hitze haben **auf den Positionen der ukrainischen Streitkräfte die Fälle von Bränden an Befestigungsanlagen zugenommen**.

Am 12. und 13. Juni gab es in den Einheiten der 54. und 14. Brigade im Gebiet von Nowotoschkowskoje und Solotoje Brände an Unterständen, in deren Folge zwei Soldaten der 54. Brigade starben, vier erlitten schwere Verbrennungen.

Ergebnis des Brandes in der 14. Brigade war die Vernichtung von Waffen und Munition. Zu diesem Fall arbeitet in der Brigade eine Kommission des Stabs der OOS. Zusätzlich wurde ungesetzliche Abschreibung von Treibstoffen unter dem Anschein von Übungen entdeckt.

Einwohner des Staniza-Luganskaja-Bezirks sind empört über die Willkür des Kommandeurs der 25. Brigade der ukrainischen Streitkräfte, der **auf dem Gelände eines**

Kinderferienlagers Personal einer Einheit der Brigade einquartiert hat. Und das im Sommer, wo das Lager Kinder aufnehmen sollte. Örtliche Einwohner haben sich an den Kommandeur der OOS Syrskij mit der Bitte gewandt, das Problem zu lösen und das Lager den Kindern zurückzugeben. Aber bis heute gibt es keine Lösung dieser Frage. Syrskij hat die Anfrage der örtlichen Einwohner nicht beantwortet.

de.sputniknews.com: **Merkel trifft Selenski: „Bauen Sanktionen nur dann ab, wenn Krim wieder zu Ukraine gehört“**

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat der Ukraine nach dem Treffen mit dem Präsidenten Wladimir Selenski Unterstützung auf ihrem Weg in eine gute wirtschaftliche und demokratische Entwicklung zugesichert. Auf der Pressekonferenz am Montag gab Merkel auch die Ergebnisse ihrer Gespräche über die Krim, Minsker Abkommen und Nord Stream 2 bekannt.

Deutschland und die Ukraine verbinden laut Merkel seit Jahren sehr enge Beziehungen, so dass „wir die Ukraine auf ihrem Weg in eine gute wirtschaftliche Entwicklung, eine demokratische Entwicklung unterstützen wollen“. Dabei habe die Ukraine durch das Wirken Russlands sehr schwierige Rahmenbedingungen.

Die Bundeskanzlerin verwies außerdem darauf, dass Deutschland seit 2014 mehr als eine halbe Milliarde Euro in die Zusammenarbeit mit der Ukraine sowie in die Entwicklung des Landes investiert habe, dazu würden auch Finanzkredite gehören sowie die Förderung von Infrastruktur, Hochschulen und Spitzenforschung, damit „die Menschen das Land nicht verlassen und auch in der Ukraine eine Betätigung finden“. Man begrüße weiter die Arbeit im Bereich der Dezentralisierung der Ukraine sowie die Reformfortschritte des Landes, so Merkel.

„Sollten keine Fortschritte im Minsker Abkommen erzielt werden...“

Auf eine der Kernfragen rund um das Minsker Abkommen antwortete Merkel, Deutschland werde weiter die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine unterstützen. Sollten keine Fortschritte im Minsker Abkommen erzielt werden, würden auch die Sanktionen bleiben, so Merkel: „Wir werden die Sanktionen im Zusammenhang mit der Krim nur dann

abbauen, wenn die Krim wieder zur Ukraine gehört.“ Man begrüße ukrainische humanitäre Hilfe für Donbass und erwarte Fortschritte im Minskprozess auch von der ukrainischen Seite. Für den 12. Juli ist laut Merkel bereits ein Beratertreffen im Minsker Format vorgesehen. Deutschland und Frankreich würden auch nach einer Möglichkeit für einen Gipfel im Normandie-Format suchen. Ob die Sanktionen gegenüber Russland sogar verschärft werden könnten? Selenski hat sich das gerade in einem „Bild“-Interview gewünscht. Merkel: „Wir haben nicht über die Erhöhung, sondern die Weiterführung der Sanktionen gesprochen.“ Man werde darüber im EU-Rat zunächst streiten, aber es freue sie, dass es bei der Frage eine „Einigkeit innerhalb der EU“ gebe.

Auf die Frage einer ukrainischen Journalistin, ob der Gastransit durch die Ukraine bindende Bedingung für den Betrieb der Gaspipeline Nord Stream-2 sei, antwortete Merkel, dass der Verhandlungsprozess noch nicht zu Ende sei. Übrigens: Sie habe Wladimir Putin immer gesagt, dass sie den Transit durch die Ukraine für essentiell halte, er wisse das. Nord Stream 2 und der Gastransit durch die Ukraine seien daher „miteinander verknüpft“.

„Unsere Positionen zum Nord Stream 2-Projekt sind diametral entgegengesetzt“, kommentierte Selenski. „Zugleich sind wir dankbar für die Bereitschaft Deutschlands, einen inhaltlichen Dialog zu einem so schwierigen Thema zu führen.“

Auf die Frage nach der Rückkehr Russlands in die PACE verwies Merkel, man habe das rechtswidrige Verhalten Russlands nicht aus dem Auge verloren, allerdings müssten für die Rückkehr Russlands in die parlamentarische Versammlung auch Bedingungen erfüllt werden.

Selenski will weiter Mitgliedschaft der Ukraine in der Nato

Vor dem Gespräch mit Merkel hatte Selenski sich gegenüber der dpa für eine Mitgliedschaft seines Landes in EU und Nato ausgesprochen. „Die Ukraine ist bereits ein Teil der europäischen Familie. Die Ukraine möchte die europäische Integration, die den größten Wunsch unseres Volkes darstellt“, sagte Selenski der „Bild“-Zeitung. Zur Nato-Erweiterung sagte Selenski, sie habe sich als wirksames Werkzeug erwiesen, um die Sicherheit in der Region zu gewährleisten. Die Ukraine habe ihr Bestreben, der Nato ebenfalls beizutreten, offiziell verkündet. Das soll aber kein Thema bei den Gesprächen mit Merkel gewesen sein. Vor dem Treffen kam auch der ukrainische Botschafter in Berlin, Andrej Melnik, zu Wort. Er warf den deutschen Politikern Stefan Weil und Manuela Schwesig im Gespräch mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ vor, das ukrainische Volk wegen ihrer „pro-russischen“ Position „verraten“ zu haben. Weil und Schwesig seien „Komplizen“ des Kremls und würden durch ihr Handeln „das Vertrauen in Deutschland als Vermittler“ zerstören.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32526/25/325262522.jpg>

**Armiyadnr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR
am 18.06.2019**

Heute um 4:05 Uhr haben die Banditen von Palas, die sich selbst Marineinfanteristen aus der 35. Brigade nennen, das Feuer mit einem großkalibrigen Maschinengewehr unter Verwendung von Brandmunition auf **Jasnoje** eröffnet, dabei entstand ein Brand an einem Haus in der Pobeda-Straße 22. Derzeit lokalisieren Feuerwehmannschaften des Zivilschutzministeriums der Republik den Brand, Informationen über Verletzte werden noch ermittelt.

Wir lenken die Aufmerksamkeit der internationalen Organisationen darauf, dass solche durch nichts provozierten Handlungen der ukrainischen Straftropfen gegen die friedliche Bevölkerung im Vorfeld der Sitzung der Kontaktgruppe in Minsk offen den Unwillen demonstrieren, Frieden im Donbass herzustellen.

de.sputniknews.com: **Kiew könnte Transportblockade des Donbass aufheben**

Die ukrainische Eisenbahngesellschaft „Ukrzaliznyzja“ könnte die Verbindung mit dem Donbass wiederherstellen. Darüber schreibt das Portal Liga.net unter Verweis auf die von der Regierung genehmigte Strategie des Unternehmens bis 2023.

In dem Dokument, das Liga.net zur Verfügung steht, soll die Möglichkeit geprüft werden, das Verbot des Schienenverkehrs zwischen den selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk und dem Rest des Landes aufzuheben.

Es wird betont, dass die in den Donbass zu transportierenden Kohlevolumen in diesem Fall jährlich 40 Prozent sowie von Eisenerz 30 Prozent und Eisenmetall 15 Prozent der Menge im Jahr 2016 betragen würden. Bis 2030 sollen sich die Zahlen verdoppeln.

Seit 2015 wurde für das Territorium des Donbass eine Zugangskontrolle eingeführt – es ist nur über Kontrollpunkte oder über das Territorium Russlands möglich, in Donezk und Lugansk ein- und auszureisen. Darüber hinaus blockierte Kiew im Februar 2017 die Kohleversorgung aus dem Donbass, und im Land wurden Sofortmaßnahmen im Energiesektor eingeleitet. Als Reaktion auf die Blockade führten die Behörden von Donezk und Lugansk eine externe Kontrolle bei Unternehmen unter ukrainischer Gerichtsbarkeit im Donbass ein.

...

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die BFU heute um 14:05 Uhr das Feuer aus Richtung Beresowoje in Richtung **Jasnoje** eröffnet. Infolge des Beschusses entstanden folgende Brände:

- Pobeda-Straße 32 – Baumaterial geriet in Brand;
- Pobeda-Straße 22 – es brennt eine Garage.

Nach vorläufigen Informationen gibt es keine Opfer unter der Zivilbevölkerung. Genauere Informationen werden ermittelt.

abends:

de.sputniknews.com: **Pentagon sichert der Ukraine Hunderte Millionen Dollar Zusatzhilfe zu**

Das Pentagon will nach eigenen Angaben für die Ukraine zusätzlich 250 Millionen US-Dollar bereitstellen, die zur Ausbildung, Ausrüstung und Versorgung von Militärangehörigen verwendet werden sollen.

Im Rahmen des Hilfsprogramms sollen unter anderem Scharfschützengewehre, Geschosswerfer, Radare zur Raketenabwehr, Befehlsausrüstungen und Ausrüstungen zur Sicherstellung von Telekommunikation sowie zur Sicherung von Truppenbewegungen wie auch Nachtsichtgeräte und Medikamente geliefert werden.

Laut dem US-Verteidigungsministerium beträgt die militärische Hilfe der USA für die Ukraine seit 2014, einschließlich des neuen Hilfspakets, insgesamt 1,5 Milliarden US-Dollar. Wie Pentagon-Sprecher Eric Pahon im März gesagt hatte, werden die genannten Mittel zur Stärkung der Armee und für ein besseres Zusammenwirken mit der Nato verwendet.

Washington begrüße den Wunsch Kiews, der Allianz beizutreten, so Pahon. Im Februar war das ukrainische Gesetz über Verfassungsänderungen in Kraft getreten, das den Kurs des Landes auf Nato- und EU-Beitritt bekräftigt. Die Werchowna Rada hatte schon im Dezember 2014 eine Blockfreiheit für die Ukraine abgelehnt. Im Juni 2016 wurden Novellen gebilligt, die einen Nato-Beitritt als außenpolitisches Ziel der Ukraine festlegen.

de.sputniknews.com: **Merkel droht Iran mit Konsequenzen bei Bruch von Atomabkommen**

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat dem Iran mit Konsequenzen gedroht, wenn das Land gegen die Bestimmungen des Atomabkommens verstoßen sollte. "Wir setzen darauf, dass der Iran es weiter einhält. Wenn das nicht der Fall ist, hat das natürlich auch Folgen", sagte Merkel am Dienstag in Berlin.

Hintergrund sind Berichte, dass der Iran schon in wenigen Tagen mehr schwach angereichertes Uran produziert haben könnte, als dies für das Land erlaubt ist. Die Islamische Republik hatte bei dem 2015 mit einer internationalen Staatengruppe vereinbarten Abkommen Einschränkungen des eigenen Nuklearprogramms akzeptiert. Die USA haben jedoch den Vertrag gekündigt und Sanktionen gegen den Iran in Kraft gesetzt.

Merkel rief zu einer friedlichen Lösung des Konfliktes auf, bei dem auch die Ölversorgung aus arabischen Ländern eine Rolle spielt. "Wir nehmen diese Ausführungen natürlich sehr ernst, es gibt auch hohe Evidenzen", sagte sie zu den von der US-Regierung vorgelegten Filme und Fotos, die beweisen sollen, dass der Iran hinter den Anschlägen auf Tanker steckt. Dennoch müsse der Konflikt friedlich beigelegt werden. "Das ist eine sehr ernste Situation." Deutschland werden allen Seiten, aber vor allem dem Iran deutlich machen, "dass die Situation nicht verschärft werden darf".

Die Lage im Nahen und Mittleren Osten hat sich nach den Angriffen auf zwei Tanker im Golf von Oman in der vergangenen Woche erheblich zugespitzt. Die USA machen den Iran dafür verantwortlich, was dieser von sich weist. US-Verteidigungsminister Patrick Shanahan kündigte am Montag die Entsendung zusätzlicher 1000 Soldaten in die Region an.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32526/41/325264195.jpg>

de.sputniknews.com: **Trump schließt Krieg gegen Iran wegen Atomwaffen nicht aus**

US-Präsident Donald Trump hat in einem Interview für das amerikanische Magazin „Time“ gesagt, er könnte gegen den Iran militärisch vorgehen, um zu verhindern, dass Teheran in den Besitz von Atomwaffen gelangt.

Auf die Frage, welche Handlungen ihn dazu veranlassen könnten, die Möglichkeit eines Krieges gegen den Iran in Betracht zu ziehen, antwortete Trump: „Ich würde mich bestimmt wegen Atomwaffen dafür entscheiden. Und was das Übrige betrifft, da würde ich ein Fragezeichen setzen.“

Dabei nannte Trump die Angriffe auf die Tanker im Golf von Oman, für die die USA den Iran verantwortlich machen, „sehr unbedeutend“.

Der US-Präsident merkte an, dass er ein militärisches Vorgehen gegen den Iran nicht erwäge: „Das würde ich nicht sagen. Das kann ich überhaupt nicht sagen.“

Seines Erachtens hat der Golf von Oman für die Vereinigten Staaten heute weniger strategische Bedeutung als für andere Länder. Trump führte China und Japan als Beispiel an, die immer noch einen erheblichen Teil ihres Öls aus der Region beziehen. „Andere bekommen viel Öl von dort. Wir bekommen sehr wenig“, sagte er.

Am 13. Juni hatten sich im Golf von Oman zwei große Explosionen ereignet. Offenbar wurden zwei Supertanker angegriffen – die „Front Altair“ unter der Flagge der Marshallinseln und die „Kokuka Courageous“, die unter der Flagge von Panama fährt.

US-Außenminister Mike Pompeo und US-Präsident Donald Trump hatten daraufhin den Iran für die Tanker-Angriffe verantwortlich gemacht.

Iran hatte dies ausdrücklich dementiert.

de.sputniknews.com: **Irans Revolutionswächter drohen USA mit Zerstörung ihrer Flugzeugträger**

Iranische ballistische Raketen sind in der Lage, US-Schiffe auf hoher See zu zerstören. Das erklärte der Befehlshaber der iranischen Revolutionswächter, Hossein Salami, am Dienstag nach Angaben des Fernsehsenders Press TV.

Zuvor hatte Salamis Berater Morteza Ghorbani gesagt, dass der Iran US-Kriegsschiffe im Persischen Golf unter Einsatz „absolut geheimer Waffen“ versenken kann.

„Die iranischen ballistischen Raketen sind präzise genug, um amerikanische Flugzeugträger auch auf hoher See zu treffen, (...) Das könnte die Konstellation der militärischen Kräfte grundsätzlich verändern“, betonte Salami.

Die USA werfen dem Iran vor, in der Vorwoche zwei Öltanker im Golf von Oman angegriffen zu haben. Teheran weist jegliche Anschuldigungen zurück. Präsident Donald Trumps Sicherheitsberater John Bolton kündigte die Entsendung des Flugzeugträgers „Abraham Lincoln“ und von Bombenflugzeugen zur iranischen Küste an. Zudem will Washington seine militärische Präsenz in der Region um etwa 1.000 Soldaten verstärken.

Trump erklärt, er wolle einen Krieg mit dem Iran vermeiden. Auch das politische und religiöse Oberhaupt der Islamischen Republik, Ali Khamenei, hat keine Kriegspläne, setzt aber den Widerstand gegen die USA fort.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images//32526/48/325264863.jpg>